

Haushaltsrede der AfD Fraktion vom 14.12.2017 zum Haushaltsplan 2018 der Stadt Sehnde

Siegfried Reichert:

Sehr geehrter Herr Ratsvorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren!

Eine grundsätzliche Vorbemerkung vorweg:

In der Nassauer Denkschrift aus dem Jahr 1807 verfasste Reichsfreiherr Karl vom und zum Stein den Entwurf einer umfassenden Staatsreform für den preußischen Staat. Ein zentraler Punkt waren die Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürger im Staat durch die Einführung der Selbstverwaltung in Provinzen, Kreisen und Kommunen.

Aus den Untertanen sollten Staatsbürger werden.

Dies ist die Wurzel der kommunalen Selbstverwaltung in Deutschland.

Im Grundgesetz Artikel 28 Abs. 2 heißt es seit dem 23.5.1949:

"Den Gemeinden muss das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln."

Doch wie sieht die Umsetzung der Selbstverwaltung und Bürgerbeteiligung in Sehnde heute aus?

Rd. 87% der Ausgaben sind durch übertragene Aufgaben verursacht. Die zum Teil nicht einmal vollständig gegen finanziert sind. Und der Bürger darf sich darauf beschränken, alle 5 Jahre sein Kreuzchen zu machen. Anstatt zu allen wesentlichen Entscheidungen gefragt zu werden.

Nun zur aktuellen Gesamtlage in Sehnde:

In 2018 können die Löcher des ordentlichen Ergebnishaushaltes nur noch aus Rücklagen und außerordentlichen Erträgen gestopft werden. Danach absehbar nicht mehr.

In den Haushaltsberatungen war jedoch nichts von dem Damoklesschwert eines Haushaltssicherungskonzeptes zu spüren. Zwar wurde maßvoll mit den geplanten Ausgaben umgegangen. Eine ernsthafte Auseinandersetzung was vorsorglich im Sinne einer "Steuerung" der Finanzen der Kommune in Richtung auf einen ausgeglichenen ordentlichen Ergebnishaushalt getan werden könnte fand nicht statt. Dies scheint uns im Rat als "politische" - also nicht persönlich haftende - Entscheidungsträger hier mehrheitlich nicht zu interessieren.

Ich hoffe das allen Beteiligten mit der Verabschiedung dieses HH folgendes klar ist:

Wir fahren auf eine Wand zu, bremsen aber nicht einmal ab.

Dabei gilt es doch schon heute nach Lösungen zu suchen: Entweder weniger ausgeben oder mehr einnehmen. So wie dies jeder in seinem privaten Haushalt auch handhabt.

Wo können wir denn ansetzen?

Die ständig steigenden Steuerabgaben auch unserer Sehnder Bürger auf Bundesebene sind einer Betrachtung wert:

Denn diese Mehreinnahmen werden aktuell verschenkt. Dazu zählen neben der EURO

Rettungspolitik insbesondere

- die Nettozahlungen an andere EU-Mitgliedsländer
- die Ausgaben für sich widerrechtlich in Deutschland aufhaltende Migranten - und der wohl noch folgende erleichterte Familiennachzug
- die anstehende Übernahme von privaten Bürgschaften für Migranten durch den Steuerzahler
- die Ausgaben für das internationale Sozialversicherungsabkommen
- die Kindergeldzahlungen an EU-Ausländer

Das Geld unserer Steuer zahlenden Bürger ist da, es kommt Ihnen nur nicht mehr zugute.

Die Einbringungsrede zum Haushalt 2018 spricht bereits eine klare Sprache:

Zu Recht stellt unser BGM die Forderung auf, dass wir unsere Abgeordneten in Bund und Land in die Pflicht nehmen müssen. Sowohl was eine auskömmliche Finanzierung von freiwilligen Aufgaben und die vollständige Finanzierung von Pflichtaufgaben betrifft. Als Mitglied des Rates und Hauptverwaltungsbeamter ist er zugleich in einer doppelten Pflicht seinen aktiven Beitrag dazu zu leisten.

Auch können wir nun auf den Koalitionsvertrag in NDS Bezug nehmen:

Ich bin gespannt, was davon unterm Strich umgesetzt wird.

Wir als Vertreter der AfD werden dieses nachhalten!

Und spätestens vor der nächsten Kommunalwahl eine Zwischenbilanz ziehen!

Aber auch auf regionaler Ebene gilt es gegenzusteuern:

Das BVerfG hat in seinem Urteil vom 21.11.2017 erneut den Vorrang der kommunalen Selbstverwaltung vor den Landkreisen, also hier der Region betont. Anstatt pauschale Zahlungen an die Region zu leisten sollten wir uns dafür stark machen, dass nur noch konkrete Aufgaben finanziert werden, die die Region besser und effizienter wahrnehmen kann. Ganz im Sinne des Föderalismus und des Subsidiaritätsprinzips.

Dies ist die eine Seite der Medaille. Andererseits sollten wir in den Bereichen gegensteuern die in unserer Entscheidung stehen.

Wolfgang Ostermeyer

Sehr geehrter Herr Ratsvorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren!

Für die AfD-Fraktion möchte ich die aus unserer Sicht wesentlichen Aspekte des Haushalts 2018 näher beleuchten.

Der nun beratende und zur Abstimmung vorliegende Haushalt für das Jahr 2018 ist wie bereits der aus dem Vorjahr hoch defizitär. Wir haben im Ergebnishaushalt ein ordentliches Ergebnis von -4,2 Mio EUR. Für die Folgejahre sind weiterhin Negativergebnisse in Höhe von -2,8 Mio EUR für 2019 und -2,7 Mio EUR für 2020 eingeplant.

Das besorgniserregende an diesen Zahlen ist, dass wir in Zeiten wirtschaftlicher Prosperität kein positiveres Ergebnis hinbekommen.

Noch besorgniserregender ist, dass die großen Fraktionen in der Haushaltsberatung über dieses Thema mehr oder weniger locker hinweggehen.

Die Stadt Sehnde mischt derzeit kräftig im Immobiliengeschäft mit. Nur dank außerordentlicher Erträge aus dem Baulandverkauf hellt sich die katastrophale Finanzlage auf:

Für 2018 rechnen wir mit ca 1,6 Mio zusätzlichen Einnahmen und in den Folgejahren mit 0,6 Mio für 2019 und 1 Mio EUR für 2020. Das hält uns erstmal über Wasser und geht so lange gut, wie die Zinsen niedrig sind und die Nachfrage nicht einbricht.

Das Problem ist aber: Nach einem Grundstücksverkauf folgen häufig kostenintensive Infrastrukturmaßnahmen. Z. Bsp. müssten wir uns bei einer hoffentlich zügigen Umsetzung bereits heute konkrete Gedanken machen über eine weitere KiTa für das Neubaugebiet in Rethmar – der Kindergartenbedarfsplan geht bereits von einem zukünftigen Bedarf aus.

Zu den weiteren Eckwerten dieses Haushalts gehört die Kreditaufnahme. Mit 4,3 Mio EUR in 2018, 16,6 Mio EUR in 2019 und 5 Mio EUR in 2020 explodiert die Verschuldung der Stadt Sehnde – **unsere** Verschuldung – in den nächsten 3 Jahren um 25,9 Mio EUR auf 39,1 Mio EUR (aktueller Stand: 13,2 Mio EUR). Verglichen mit dem Schuldenstand von 2015 (3,6 Mio EUR) ist das fast das Elffache! Diese Vervielfachung macht uns Sorgen.

Dem gegenüber stehen imposante Investitionsbudgets: Mit 10,9 Mio EUR in 2018 und in den Folgejahren 19,9 Mio EUR sowie 8,4 Mio EUR sind in den nächsten 3 Jahren fast 40 Mio EUR geplant. Die Liste der Vorhaben ist lang – eine Aufzählung hat bereits der Bürgermeister in der Haushalts-Einbringungsrede vorgenommen und muss an dieser Stelle nicht wiederholt werden. Sollte es aufgrund der in Niedersachsen durch die Koalitionäre beschlossene „Beitragsfreiheit“ von Kindergartenplätzen zu einem Run auf unsere KiTas kommen, werden wir hier aber sogar noch nachlegen müssen.

Sicherlich gestalten wir mit den Investitionen die Zukunft. Aber so ein ambitioniertes Entwicklungsprogramm muss auch betreut werden können. Hier wäre mal wieder die Frage zu stellen, ob wir tatsächlich ein Sportzentrum an der Chausseestraße gebraucht hätten. Wir sehen beim Thema Turnhallenneubau exemplarisch, wie langwierig und aufwendig die Planungsprozesse sind. Und dass die eine Maßnahme weitere nach sich zieht. So soll in 2019/2020 die Chausseestraße für ca. 700.000 EUR ausgebaut werden – natürlich mit Kostenbeteiligung der Anlieger. Vielleicht haben wir uns mit unseren Bauvorhaben auch zu viel zugemutet. Wir haben unsere Zweifel, dass wir als Stadt dieses alles in der geplanten Zeit schaffen können.

Ein Teil der Investitionen ist aber auch dem Unterhaltungs- und Sanierungsrückstand geschuldet. Wenn man lange genug nicht genügend in die laufende Unterhaltung „investiert“, kommen sehr teure Maßnahmen dabei heraus.

Zwei Beispiele:

a) Im Haushaltsplan 2016 waren für Bauunterhaltungsmaßnahmen an der Turnhalle Feldstraße 1 „nur“ 278.000 EUR vorgesehen. Die Maßnahmen wurden nie begonnen, weil anderes dringlicher war. Und heute soll die Turnhalle für mehr als 4 Mio EUR neu errichtet werden. Wohl gemerkt: Die Sanierung der Turnhalle Feldstraße 1 wäre nach den vorliegenden Schätzungen 1,3 Mio billiger zu bekommen, ist aber bei weitem nicht so prestigeträchtig.

b) Der Ausbau der Grundschule Höver für den Ganztagsbetrieb ist auch deshalb so kostenintensiv, weil jahrelang in Sachen Brandschutz und Raumbedarf nichts unternommen worden ist.

Sehnde braucht eine aktive Wirtschaftsförderung. Die ansässigen Betriebe müssen betreut werden und es gilt Entwicklungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Eine Engpasssituation besteht in Sehnde bei vermarktungsfähigen Gewerbegebieten.

Auf der einen Seite werden händeringend Gewerbeflächen gesucht, auf der anderen Seite brauchen wir mehrere Jahre um das Gewerbegrundstück Sehnde-Ost zu entwickeln. Erst 2020/2021 soll es hier losgehen. Angesichts der dringend benötigten Einnahmeverbesserung durch zusätzliche Gewerbesteuer ist das für uns nicht nachvollziehbar.

Und ganz in der Nähe haben wir mit dem ehemaligen Avacon-Gelände ein weiteres aussichtsreiches Gewerbeobjekt. Nachdem heute klar ist, dass Sehnde dieses Gelände nicht zur Unterbringung von Migranten nutzen wird, müssen wir eine Verwertung schnellstens ins Auge fassen. Aktuell kostet uns diese Immobilie ca. 50.000 bis 100.000 EUR jährlich, das darf so nicht weitergehen. Vor dem Kauf hat die Verwaltung der Politik versichert, dass eine Vermarktung ohne Probleme funktionieren würde. Wir halten die Zeit jetzt reif dafür.

Auch bei der Migrantenbetreuung macht die Stadt Sehnde dieses Jahr ein direktes Defizit in 6stelliger Höhe. Nach den Darstellungen im Fachausschuss belastet dieser Posten den Haushalt mit 277.700 EUR. Dass z.B. die Sammelunterkunft in Höver nur zu einem Drittel belegt ist und im Bundessortenamt Rethmar ganze 4 Bewohner betreut werden, macht die Situation noch unausgewogener.

Beim Thema Asyl handelt es sich durch die Bank um Aufgaben von Bund und Land, die für uns eigentlich – und so war es viele Jahre - kostenneutral sein sollten. Das hier die Ausgaben auf den ersten Blick nicht ausufern, liegt daran, dass wir viele Positionen im Regionshaushalt direkt buchen. Der Löwenanteil der Kosten für Migranten in Höhe von 1,84 Mio EUR werden nämlich von der Region Hannover getragen. Die Region Hannover zeigt sich da großzügig und geht über gesetzliche Regelungen hinaus. Was aber dabei jedem klar sein sollte: Da zahlen wir über die Abführung der Regionsumlage unsere Rechnung eigentlich selber. Wir dürfen an dieser Stelle nicht immer nur über die zu hohe Regionsumlage lamentieren sondern müssen wieder Bund und Land in die Pflicht nehmen.

30 % der Ausgaben liegen beim Personal. Beim größten Ausgabeblock muss hier genau hingesehen werden, wo Optimierungsmöglichkeiten bestehen. Ein Automatismus zur Stellenmehrung darf es nicht geben. Das Thema „Digitalisierung“ als eines der Leitthemen in der Arbeitswelt dürfen wir in unserer Verwaltung nicht außen vor lassen – auch vor dem Hintergrund, dass die Stellenbesetzung sich zunehmend schwieriger gestaltet.

Ein Highlight hat es auf den letzten Metern in den Haushalt geschafft. Wir geben den Ortsräten ab dem nächsten Jahr ein höheres Budget (ca. eine Verdreifachung) und damit mehr Kompetenzen bei der Umsetzung örtlicher Maßnahmen. Das ist aus unserer Sicht ein richtiger Schritt hin zu mehr Bürgernähe und Stärkung des örtlichen Ehrenamtes. Das Verfahren soll ab dem nächsten Jahr das Laufen lernen – die AfD-Fraktion unterstützt die Stärkung der Ortsratskompetenzen ausdrücklich. Wir halten es aber auch für geboten, so eine wesentliche Änderung der Aufgabenverteilung zwischen Rat und Ortsrat durch einen expliziten, formalen Ratsbeschluss aus der Taufe zu heben.

Ein weiteres Highlight ist die Rückkehr der Kennzahlen für die wesentlichen Produkte. Leider sind hier viele Produkte nur formal gekennzeichnet ohne dass Kennzahlen verfügbar waren oder eine wesentliche Aussagekraft entfalteteten. Aber den Willen werten wir schon mal als sehr positiv. Nun gilt es, die Kennzahlen für die Produkte zu schärfen und zu einem verwertbaren Steuerungsinstrument im Sinne des Neuen Kommunalen Rechnungswesens (NKR) zu machen. Für uns geht es darum, wieder stärker zwischen Pflicht und Freiwilligkeit zu differenzieren und daraus strategische Handlungsoptionen zu entwickeln

Angesichts der negativen Haushaltsergebnisse für 2018 und der defizitären mittelfristigen Finanzplanung hält die AfD eine Haushaltskonsolidierung für dringend notwendig. In Zeiten des billigen Geldes mit niedrigen Zinsen und angesichts einiger guten Vorjahresergebnisse wird in Sehnde versucht, ein sich abzeichnendes strukturelles Haushaltsdefizit auszusitzen. Wir fordern die Erarbeitung eines freiwilligen Haushaltssicherungsprogramms.

Wir sehen, dass wir mit unserer Einschätzung zum Haushalt heute „noch“ nicht durchdringen. Für uns ist es daher konsequent, wenn wir heute dem vorliegenden Haushalt nicht zustimmen.